

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

[Rede des Reichskanzlers am 9. Dezember 1915]

[urn:nbn:de:bsz:31-252394](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-252394)

Erste Rede des Reichskanzlers zur politischen Lage

(Reichstagsfikung am 9. Dezember 1915.)

Ich ergreife die erste Gelegenheit, um Ihnen, meine Herren, einen kurzen Überblick über die Lage zu geben.

Kurz nachdem der Reichstag im August auseinandergegangen war, hat Bulgarien in den Krieg eingegriffen.

Unter sich immer steigenden Anstrengungen hatte die Entente seit Ausbruch des Krieges versucht, König Ferdinand auf ihre Seite zu ziehen. Österreich-ungarisches, türkisches griechisches Gebiet wurden ihm in liberalster Weise versprochen. Aber nicht nur die Territorien der Feinde oder neutraler Mächte wurden vergessen, selbst das verbündete Serbien, für dessen angeblich bedrohte Integrität Rußland den Krieg entfesselt hatte, selbst das verbündete Serbien, für dessen Befreiung die Entente jetzt zu kämpfen vorgibt, wurde nicht geschont. Damit Bulgarien für die Entente fechte, sollte ihm Serbien Landkonzessionen in einem Umfang machen, zu denen es sich nicht entschließen konnte. So blieben unsere Gegner unter sich uneinig.

Die berechtigten nationalen Ansprüche Bulgariens in Mazedonien waren, wie bekannt, nach dem letzten Balkankrieg zugunsten Serbiens in erheblichem Maße beschränkt worden. Von Rußland im Stich gelassen, mußte Bulgarien, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte, zusehen, wie die Früchte seiner Siege seinem serbischen Nachbarn zufielen. (Sehr richtig!) Serbien mußte in allem vorgehen, weil es Rußlands Vormacht gegen Österreich-Ungarn war. Jetzt hat König Ferdinand das Wort, das er am Ende des zweiten Balkankrieges seinem Volke gab, in vollem Werte eingelöst. Die bulgarischen Fahnen, die damals nach ruhmvollen Kämpfen, aber schwerer Enttäuschung zusammengerollt wurden, flattern heute frei über dem damals verlorenen Lande. (Lebhafter Beifall.) Serbien, anstatt eine Verständigung zu suchen, und dem Lande die Opfer eines neuen Feldzuges zu ersparen, entschloß sich, nicht nur den vereinten Angriffen der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen erneut die Stirn zu bieten, sondern auch gegen seinen östlichen Nachbarn vorzugehen. Serbien vertraute auf die Zusage Sir Edward Greys, daß England seinem Freunde auf dem Balkan jede nur denkbare Unterstützung geben würde. Jetzt ist das serbische Heer zum größten Teil vernichtet. Vergeblich haben die Serben auf die versprochene Hilfe Englands und Frankreichs geharrt. Zum zweiten Male hat sich ein kleines Volk für die Westmächte geopfert. (Sehr richtig!) Unsere Truppen haben auch in den serbischen Bergen unter Überwindung aller Strapazen glänzend gekämpft, (Lebhafte Bravo) und ebenso danken wir neben unseren alten treuen österreichisch-ungarischen Waffengefährten (Bravo) dem neugewonnenen Freunde, dem bulgarischen Heere, das ruhmvoll an unserer Seite kämpft. (Bravo.) Wir sind stolz auf unseren neuen Verbündeten, der sich nun an unserer Seite den Platz erkämpft, der ihm am Balkan gebührt. (Bravo.)

Durch die Siege in Serbien ist die Donau frei geworden, die Verbindung mit der Türkei hergestellt. Ungehindert können wir dem türkischen Verbündeten die Hand reichen und freuen uns, ihn in dem heißen Kampf nachhaltiger unterstützen zu können, als es bisher möglich war. (Bravo.) Mit heldenmütiger Tapferkeit haben die Türken bisher die Wacht an den Dardanellen gehalten (Bravo), deren unmittelbaren Fall Herr Asquith schon im Sommer prophezeite. Heute stehen die Dardanellen fester denn je. (Lebhafter, allseitiger Beifall.) Im November vertröstete dann (Zuruf des Abg. Liebknecht, große Unruhe, Rufe „Kaus!“) Herr Asquith sein Land mit Bagdad. Aber auch dort haben die Türken ihren alten Kriegsruf bewährt und den Engländern eine empfindliche Schlappe beigebracht. (Beifall.) Der offene Weg nach dem nahen Orient bedeutet einen Markstein in der Geschichte dieses Krieges. Militärisch ist der direkte Zusammenhang mit der Türkei von unschätzbarem Werte. Wirtschaftlich ergänzt die Zufuhr aus den Balkanstaaten und der Türkei unsere Vorräte in der willkommensten Weise. (Sehr richtig!) Darüber hinaus sind aber vor allem die Aussichten in die Zukunft verheißungsvoll. Dank der weitsichtigen Politik König Ferdinands von Bulgarien ist eine feste Brücke zwischen den unlöslich verbundenen Kaiserreichen, dem Balkan und dem nahen Orient geschlagen. (Beifall.) Die Brücke wird nach erreichtem Frieden nicht von dem Schritt marschierender Bataillone widerhallen, sondern Werken von Bulgarien und der Kultur dienen. (Lebhafter Beifall. Zuruf des Abg. Liebknecht: Und der Deutschen Dank! Große Unruhe.) Durch wechselseitigen Austausch unserer Güter werden wir die durch Waffenbrüderschaft gefestigten Freundschaften vertiefen, nicht um die Völker gegeneinander auszuspielen, sondern um im friedlichen Verkehr werktätig teil zu haben an dem Aufstieg nach lebensvoller Entwicklung drängender Länder und Völker. (Beifall.)

Was unsere Gegner politisch und militärisch am Balkan eingeblüht haben, suchen sie jetzt durch Akte der Gewaltpolitik gegen neutrale Staaten einzubringen. (Sehr richtig!) Freilich bleiben sie damit ihren von Anfang herein befolgten Prinzipien getreu. (Sehr richtig!) Zuerst wurde Serbien, dann Belgien bestimmt, unter keinen Umständen den Weg der Verständigung zu beschreiten, sondern dem Kriegswillen der Entente sich zu fügen und sich zu opfern. Jetzt soll Griechenland an die Reihe kommen. Anfänglich behaupteten die Ententemächte, sie seien, als sie ihre Truppen in Saloniki landeten, von Griechenland zu Hilfe gerufen worden. Inzwischen ist es Herr Venizelos selbst gewesen, der diese Behauptung widerlegt hat. (Hört! Hört!) Herr Venizelos hat in der griechischen Kammer ausdrücklich erklärt, die Truppenlandungen in Saloniki ständen mit seiner früheren Anfrage an die Entente, ob sie 150 000 Mann zur Hilfe gegen Bulgarien bereitstellen würde, in keinerlei Zusammenhang. (Hört! Hört!) Eigenmächtig begannen England und Frankreich ihre Truppen-

landungen in Saloniki und setzen sie trotz energischen Protestes der griechischen Regierung fort. (Hört! Hört!) Jetzt spielen sie sich dort ganz als Herren des Landes auf. Wir wohnen dem interessanten Schauspiel bei, wie die Bekämpfer des preussischen Militarismus die beherrschende Macht der englischen Flotte als brutales Drohmittel benutzen, um die griechische Regierung zur Verletzung der ihr als neutraler Macht obliegenden Pflichten zu zwingen. (Hört! Hört!) Zuerst wurde die Zusage wohlwollender Neutralität erpreßt. Als man das Zugeständnis des Prinzips hatte, ging man an seine Auslegung. Von Griechenland wurde gefordert, die Zurückziehung aller griechischen Truppen von Saloniki und Umgebung, freie Verfügung über diese Hafenstadt zur Einrichtung militärischer Verteidigungsmaßnahmen, Überlassung der griechischen Bahnen und Straßen von Saloniki nach der Grenze für militärische Transporte, Freiheit für militärische Maßregeln aller Art in den griechischen Territorialgewässern. Das versteht die Entente unter wohlwollender Neutralität. (Heiterkeit.) Die griechische Regierung ist trotz der schwierigen Lage, in der sie sich befindet, entschlossen, ihre Neutralität auch weiter zu wahren (Weisfall), eine Neutralität, die ihrem Willen entspricht und die der Würde und Unabhängigkeit Griechenlands ebenso wie seinen Interessen Rechnung trägt. (Hört! Hört!) Abgeschlossen ist die Angelegenheit noch nicht. Ich habe es aber für nötig gehalten, auf die allerdings zumeist schon bekannten Vorgänge von dieser Stelle aus noch einmal ausdrücklich hinzuweisen, um damit den Mächtschaften entgegenzutreten, mit denen uns die Entente, vor allem England, unermüdlich bekämpft. In unermüdlicher Wiederholung und mit einer raffinierten Regie hat England der Welt die Vorstellung eingehämmert, es habe in edelmütiger Selbstlosigkeit des vergewaltigten Belgiens wegen zu den Waffen gegriffen und es sei berufen, an Deutschland wegen dieser Vergewaltigung ein wirkliches Strafgericht zu vollstrecken. England ist es geglückt, damit in der Welt Geschäfte zu machen. Mit der Zeit hat es allerdings Belgien als Kriegsgrund aufgeben müssen. Es wurde zu öffentlich bekannt, daß zuerst die Einkreisungspolitik Englands, dann die ohne Vorwissen des Parlaments erfolgte Übernahme von Verpflichtungen gegenüber dem an Rußland gefesselten Frankreich dem englischen Kabinett so die Hände gebunden hatten, daß Sir Edward Grey den Entschluß nicht fand, Rußland vor dem Kriege zu warnen, und daß er, als die russische Mobilmachung den Krieg entfesselt hatte, ob willig oder widerstrebend, lasse ich dahingestellt, sich zum Eintritt in den Krieg entschloß, noch bevor Belgiens Neutralität überhaupt noch in Frage kam. (Hört! Hört!) Zuerst war es, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, die „Times“, die offen zugab, daß Belgien nicht der Kriegsgrund für England war. Um so zäher hielt England daran fest, uns der neutralen Welt als die vertragsbrüchige, herrschsüchtige, die Welt unter ihren Militarismus zwingende Nation zu denunzieren, die vernichtet werden müsse. Jetzt hat England und haben mit ihm seine Alliierten jedes Anrecht darauf

verloren, dieses Demunziantentum fortzusetzen. Wer eine Politik der Vergewaltigung treibt, wie es jetzt die Entente gegenüber Griechenland tut, der kann nicht weiter den Scheinheiligen spielen. (Lebhafter Beifall.) Das werden wir genau so oft und genau so nachdrücklich vor der Welt wiederholen, wie es England versucht hat, hinter Verleumdungen sein wahres Gesicht zu verdecken. Übrigens scheint England anzufangen, das selbst einzusehen. Die „Westminster Gazette“, von der man sagt, daß sie der Regierung nahesteht, läßt sich in einem Leitartikel vom 30. November zu dem öffentlichen Bekenntnis herbei, England habe gegen Deutschland die Waffen ergriffen, weil Deutschland nicht hätte bezwungen werden können (Bewegung.) Weshalb hat die „Westminster Gazette“ das nicht schon am 4. August 1914 erklärt? Dann hätte doch die Welt von Anfang an Bescheid gewußt; jetzt weiß wenigstens die Welt Bescheid, weshalb auf Englands Befehl dieses Völkermorden fortgesetzt wird.

Über die vermutliche Weiterentwicklung der militärischen Operationen auf dem Balkan stelle ich keine Betrachtungen an. Ich versuche nur auszuführen, wie sich mir die gegenwärtige Lage darstellt. Im Osten nehmen unsere Truppen zusammen mit den österreichisch-ungarischen eine in das russische Gebiet weit vorgeschobene, gut ausgebaute Verteidigungsstellung ein, immer bereit zu weiterem Vorgehen. (Beifall.) Im Westen haben die mit größter Todesverachtung unternommenen Angriffe der Franzosen und Engländer zwar unsere Front an einzelnen Stellen eingedrückt, aber der Durchbruch, der unter allen Umständen erzwungen werden sollte, ist — wie alle früheren Versuche — mißglückt. (Lebhafter Beifall.) Von dem Umfang des gewaltigen Ringens gewinnt man einen Eindruck, wenn man bedenkt, daß die Franzosen allein in der Champagne nicht sehr viel weniger Truppen eingesetzt haben, als es die waren, mit denen Deutschland in den Krieg von 1870 gezogen ist. (Hört! Hört!) Es gibt kein Wort, das tief genug empfunden wäre, um die Dankeschuld des Vaterlandes gegen unsere Krieger abzutragen, die trotz des unerhörten feindlichen Trommelfeuers und vielfacher zahlenmäßiger Unterlegenheit mit ihren Leibern dem Feinde einen Wall entgegenesetzt haben, den er nicht durchbrechen konnte. Unvergängliche Ehre dem Andenken aller, die dort ihr Leben für ihre Freunde gelassen haben. Wie unsere Westfront ist die österreichisch-ungarische Verteidigungsstellung gegen Italien fest und intakt. In heldenmütiger Abwehr sind die unablässigen, mit ungeheuren Menschenverlusten verbundenen Angriffe der Italiener abgeschlagen worden. Daß es Italien dabei glückte, friedliche Städte, deren „Erlösung“ es sich zur Aufgabe gesetzt hat, in Trümmer zu schießen, wird ihm kaum ein Ersatz für seine militärischen Mißerfolge sein. So sieht es an unseren Fronten aus.

Lassen Sie mich mit einem kurzen Wort unsere Arbeiten hinter der Front streifen. In Nordfrankreich und Belgien sind ja eine ganze Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses tätig. Die Herren werden mir bezeugen, daß wir uns redlich und mit Er-

folg bemüht haben, die Kräfte des wirtschaftlichen Lebens wieder wach zu rufen. Dicht hinter der Front, überall haben die Stappenverwaltungen gedankt und geehrt. In Belgien ist es vielfach gelungen, in der Landwirtschaft annähernd normale wirtschaftliche Verhältnisse wieder herzustellen. Auch Industrie und Handel sind dort in ihrem Gang neu belebt worden. Das Geld-, Kredit- und Bankwesen ist in Ordnung gebracht, Verkehrsmittel, Post, Eisenbahn und Schiffsfahrtswege sind im Gange. Unzählige von den Feinden gesprengte Brücken sind wieder hergestellt. Im Kohlenbergbau ist fast die normale Zahl der Friedensbelegschaft erreicht. Die Kohlenförderung ist im starken Steigen und hat im letzten Vierteljahre fast 3 Millionen Tonnen betragen. Der Arbeitslosigkeit wird durch staatliche und kommunale Notstandsarbeiten entgegengewirkt. Den Arbeitsmarkt normal zu gestalten, ist freilich ausgeschlossen, da England dem verbündeten Lande die Ausfuhr über See abgeschnitten hat und dadurch seine Industrie erdroffelt. Die allgemeine Schulpflicht wird durchgeführt. Auch die früher vergeblich angestrebte Anwendung der Vorschriften über die Erteilung des Schulunterrichts in der vlämischen Sprache wird durchgeführt. Und ebenso haben wir, was bisher in diesem Lande höchster Industrieentwicklung nicht zu erreichen war, durch strenge Durchführung sozialer Fürsorgevorschriften wenigstens für die Anfänge eines Arbeiterschutzes gesorgt, wie er bei uns seit Jahrzehnten besteht und wie er nach deutscher Auffassung in keinem Kulturlande fehlen darf. (Bravo!)

In Polen, in Litauen, zum Teil auch in Kurland fanden wir entsetzliche, von russischer Hand vorgenommene Zerstörungen, einen Zustand beinahe völliger Auflösung vor. Alle russischen Staatsbehörden hatten ihre Posten verlassen. Wir hatten in Polen eine neue Polizei- und Kommunalverwaltung zu schaffen, eine neue Justizorganisation ins Leben zu rufen und das bisher völlig vernachlässigte Sanitätswesen, namentlich in den Städten, zu regeln. Alles das ist geschehen. Letzteres ist in einem Lande, wo Städte von einer halben Million Einwohner ohne Wasserleitung und Kanalisation sind, wo die Regierung bisher jede Seuchenbekämpfung für überflüssig gehalten hatte, keine Kleinigkeit. In den großen Industriestädten standen wir Schwierigkeiten der Volksernährung gegenüber, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gaben, aber schnell überwunden wurden. Die Einbringung der Ernte und die Neubestellung des Landes wurden auch hier mit allen Kräften gefördert. Dreschmaschinen und Dampf- und Motorpflüge wurden in großem Umfange verwendet, den Einwohnern, wo es nötig war, Saatkorn geliefert, eine neue ordnungsmäßige Forst- und Bergwerksverwaltung geschaffen, mehr als 4000 Kilometer neuer befestigter Straßen und eine Anzahl neuer Eisenbahnen gebaut. Polen kannte bekanntlich unter der Russenherrschaft keinerlei freie Selbstverwaltung. Wir haben eine Städteordnung eingeführt, die die Bevölkerung zur Selbstbetätigung im öffentlichen Leben erzieht und den Gemeinden rechtliche Fähigkeiten verleiht. Die neuen städtischen Körperschaften haben sich mit Eifer bestrebt gezeigt, die ihnen übertragenen Rechte zum

Nutzen ihrer Städte zu gebrauchen. Der Schulunterricht ist überall wieder aufgenommen. An Stelle der russischen Sprache ist dabei für den ersten Unterricht die Muttersprache der Kinder getreten. In Warschau sind die Universitäten und die Technische Hochschule, die vor dem Kriege durch staatliche Bedrückung allmählich in eine rein russische Lehranstalt verwandelt wurden, nunmehr als nationalpolnische Bildungsstätten wieder eröffnet. Die Lehrkräfte konnten zum großen Teil aus einheimischen dortigen wissenschaftlichen Kreisen gewonnen werden. Noch im Februar 1915 war von den russischen Behörden der Antrag, einige Vorlesungen in polnischer Sprache an der Universität zu gestatten, trotz des Manifestes des Großfürsten Nikolaus abgelehnt worden.

Meine Herren! Dies sind nur einige Proben aus unserer Verwaltungstätigkeit in den okkupierten Ländern. Wohl noch nie in der Weltgeschichte ist in einem Kriege, wo mehrere Millionen im Todesringen stehen, hinter der Front so viel Friedensarbeit geleistet worden. Über wirtschaftliche Dinge will ich mir nur einige kurze Bemerkungen gestatten. Wir haben genug an Lebensmitteln, wenn wir sie richtig verteilen. Das ist die grundlegende, die bestimmende Tatsache. Daß wir im Kriege uns nicht so billig und nicht so reichlich ernähren können wie im Frieden, ist klar. Die Not, welche infolge des Krieges in vielen schwach bemittelten Familien eingezogen ist, wird von niemandem lebhafter beklagt als von mir. Wo der Ernährer seine Gesundheit verloren hat oder gar schon in Feindesland begraben liegt, wo ein mühsam aufgebautes Unternehmen, auf das eine Familie ihre Existenz gründete, durch die Einziehung ihres Leiters zusammengebrochen ist, da können wir mit unserer staatlichen Unterstützung nicht alles gut machen. Ein so gewaltiges, allgemeines Schicksal trifft viele Einzelseistenzen hart. Ich weiß wohl, welche Bürde von Sorgen und Entbehrungen viele deutsche Frauen mit ihren Kindern in dieser Zeit getragen haben. Ich habe volle Bewunderung für das stille Heldentum ihres Kampfes, für das auch ihnen der Dank des Vaterlandes gebührt (Zuruf des Abg. Liebknecht. Der Präsident ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung.). Die Maßregeln, die die Regierung zur Linderung der Not und Verteilung der Lebensmittel ergriffen hat, sind vielfach als ungenügend und verspätet kritisiert worden. Ich will darüber heute nicht rechten. Wenn bei dieser Gelegenheit ganze Stände, ihre Allgemeinheit für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich gemacht sind, so ist das ungerecht. Verfehlungen einzelner kommen vor. Wo wir den Wucher treffen können, legen wir ihm sein unsauberes Handwerk. Unsere Feinde bezahlen höhere Preise für die wichtigsten Lebensmittel, für Getreide und Kartoffeln, ziehen es aber vor, um das Dogma von dem Erfolge der Abschließung glaubhaft zu machen, mehr von den Preisen bei uns als von den höheren bei ihnen selbst zu sprechen. Unsere Feinde können sich beruhigen. Wir haben zwar keinen Überfluß, aber wir haben genug. (Beifall.)

Es ist interessant, die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse mit den Vorstellungen zu vergleichen, die man sich vor dem Kriege von seiner wirtschaftlichen Wirkung gemacht hat. Ihr langjähriger Führer, meine Herren von der Sozialdemokratie, August Bebel, hat darüber auf dem Jenaer Parteitag von 1911 gesprochen. Bebel hat damals für die Zeit bald nach dem Ausbruch des Krieges den Bankerott von hundertausenden kleiner Gewerbetreibender, den Stillstand der Fabriken, die nicht für den Kriegsbedarf arbeiten, eine nicht zu bekämpfende Arbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit, die Familien der Arbeitslosen zu unterstützen, Bankerott der Kassen, der Gewerkschaften, der Gemeinden, von Staat und Reich und die allgemeine Hungersnot vorausgesagt. Es ist gewiß nicht Bebel allein gewesen, der so dachte, viele von uns werden manche seiner Befürchtungen geteilt haben. Da ist es heute nach 16monatigem Kriege doch wohl erlaubt, zu sagen, daß wir selbst unsere eigenen Kräfte unterschätzt haben (sehr richtig!) und daß trotz aller Entbehrungen die große Arbeit, Hingabe und Opferwilligkeit, die von allen Seiten, vom Einzelnen, von Verbänden, von den Gewerkschaften, von Gemeinden, Staat und Reich ausnahmslos gewährt worden ist, Leistungen hervorgebracht hat, die wir nicht bloß kritisieren, sondern für die wir auch dankbar sein sollen.

Unsere Gegner — ich berührte das schon — ziehen aus unserer militärischen Lage und unseren wirtschaftlichen Zuständen den Schluß, wir ständen unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Seit Wochen ist die Presse der Entente — und das geht dann zum Teil auch auf die neutralen Länder über — voll von Artikeln mit sensationellen Überschriften, wie: Deutschland ist geschlagen, Deutschland am Ende, Deutschland verhungert, Deutschland bettelt um Frieden und was dergleichen mehr ist. Namentlich das „Betteln um Frieden“ spielt eine große Rolle. Keine bekanntere deutsche Persönlichkeit konnte eine örtliche Veränderung vornehmen, ohne als Friedensagent der Regierung hingestellt zu werden. (Weiterfeit.) Bald war es der Fürst Bülow in der Schweiz, bald der Staatssekretär Solf im Haag, lezhin wieder Prinz Max von Baden in Stockholm und der Kardinal Hartmann in Rom — ihnen allen wurde der Auftrag angedichtet, den Frieden zu vermitteln. Und überall dieselbe Motivierung: „Deutschland ist fertig und muß um Frieden bitten.“ Dazwischen wurden zur Abwechslung auch einmal andere Register gezogen. Nach unseren serbischen Erfolgen hieß es, der Kaiser werde in Konstantinopel einziehen und von da aus der Welt den Frieden diktieren. Sollte dort angeblicher deutscher Kleinmut, so sollte hier angeblicher deutscher Übermut an den Pranger gestellt werden. An all diesen Legenden ist auch nicht ein wahres Wort. (Hört! Hört!) Eingesezt hat diese Preßkampagne in ihrer besonderen Zuspizung in dem Augenblick, wo die Ententepolitik auf dem Balkan zusammenzubrechen drohte, wo wir den Weg nach dem Südosten öffneten und die blutigen Durchbrechungsversuche unserer Feinde an der Westfront scheiterten. Das ist der Schlüssel. Nach so viel

Mißerfolgen war natürlich ein Mittel notwendig, um über die eigene schlechte Lage hinwegzutäuschen. Wohin man blickt: Lüge und Verläumdung.

Ich muß bei dieser Gelegenheit einen besonderen Fall festnageln. Als auf Geheiß Englands General Botha Südwest-Afrika angriff, erfand er die Mär von deutschen Angriffs- und Eroberungsabsichten auf die südafrikanische Union, um damit den Überfall auf die deutsche Kolonie in den Augen seiner Volksgenossen zu rechtfertigen. Bruderblut wurde vergossen, da es der Burenbevölkerung widerstrebte, an dem Überfall teilzunehmen, und ehemalige Waffenbrüder, die für die Ehre ihres Volkstammes eintraten, wurden in den Kerker geworfen. Jetzt sucht General Botha die Burenbevölkerung sogar zum Eingreifen auf den europäischen Kriegsschauplatz zu bewegen durch die Behauptung, daß deutsche Eroberungsgelüste sich sogar auf die Heimat des Burenvolkes erstreckten. Ich finde kein Wort, das scharf genug wäre, um gegen diese unwahre und böswillige Behauptung Verwahrung einzulegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe versucht, Ihnen die Lage auf den Kriegsschauplätzen so nüchtern zu schildern, wie sie ist. So sind die Tatsachen. Gegen die Gewalt ihrer Sprache vermögen unsere Feinde nichts. In unserer Rechnung ist kein dunkler Punkt, kein unsicherer Faktor, der unsere frohe, feste Zuversicht erschüttern könnte. Wenn unsere Feinde sich jetzt den Tatsachen noch nicht beugen wollen, so werden sie es später müssen. Das deutsche Volk ist unerschütterlich im Vertrauen auf seine Stärke, ist unbesiegbar. (Beifall.) Es heißt uns beleidigen, wenn man glauben machen will, daß wir, die wir von Sieg zu Sieg geschritten sind, in Feindesland stehen, unseren Feinden, die noch vom Siege träumen, nachstehen sollen an Ausdauer, an Zähigkeit, an innerer moralischer Kraft. Nein meine Herren, wir lassen uns durch Worte nicht beugen, wir kämpfen den von unseren Feinden gewollten Kampf entschlossen weiter, um zu vollenden, was Deutschlands Zukunft von uns fordert. (Stürmischer sich vielfach wiederholender Beifall und Händeklatschen.)

Zweite Rede des Reichskanzlers auf die sozialdemokratische Interpellation, ob er bereit ist, Auskunft zu geben, unter welchen Bedingungen er bereit ist, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Diese Interpellation hat im feindlichen Auslande beträchtliches Aufsehen erregt, vorwiegend freudiger Natur. Man will in der Frage nach den deutschen Friedensbedingungen ein Zeichen von Nachlassen der deutschen Kraft oder den beginnenden Zerfall der Einmütigkeit des deutschen Volkes erblicken. Nun, meine Herren, ich hoffe und glaube, daß die eben gehörte Begründung der Interpellation in der Hauptsache die freudigen Erwartungen unserer Feinde nicht ermuntern, sondern enttä-

sehen wird. Gewiß wünschen die Herren Interpellanten den halbdigen Beginn von Friedensverhandlungen. Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scheidemann klang die Besorgnis heraus, wir könnten der Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens aus dem Wege gehen, vernünftige Friedensangebote, die uns gemacht würden, ablehnen, nur weil wir alle eroberten Länder behalten oder gar neue dazu erobern wollten. Aber ich muß anerkennen, daß zu seiner Anregung, dem Kriege ein Ende zu machen und öffentlich zu sagen, wie sich die deutsche Regierung den Frieden denkt, die bisherige Geschichte des Krieges ganz natürlich hinleitet:

Wir haben ungeheure Erfolge errungen. Wir haben unseren Feinden eine Hoffnung nach der anderen genommen. Mit äußerster Tätigkeit haben sie sich, über den Verlust der einen enttäuscht, an die andere geklammert. Solange die Hoffnung auf Bulgarien winkte, die Türkei ohne Verbindung mit den beiden Kaiserreichen kämpfte, konnten wir nicht erwarten, daß unsere Gegner die Hoffnung aufgaben, die bisherigen gegen sie gefallenen Entscheidungen der Waffen auf die eine oder die andere Weise wieder rückgängig zu machen. Aber nach der mit Bulgarien hergestellten Waffengemeinschaft, nach den großen Erfolgen in Serbien, nach der Öffnung des Weges zu dem türkischen Bundesgenossen und der damit verbundenen Bedrohung der empfindlichsten Stellen des britischen Weltreiches — muß da nicht bei unseren Feinden mehr und mehr die Erkenntnis sich befestigen, daß das Spiel für sie verloren ist. Und muß da nicht manchem Mann unter uns, der sieht, daß der Krieg nicht auf unsere Kosten ausgehen wird, der Gedanke aufsteigen: Warum noch weitere Opfer? Warum bietet die deutsche Regierung nicht den Frieden an? Tatsächlich haben es vielmehr unsere Feinde für ihr Interesse gehalten, uns fälschliche Friedensangebote anzubieten, beides hat denselben Grund: eine Selbsttäuschung ohnegleichen, die wir nur noch verschlimmern würden, wenn wir ihnen mit Friedensvorschlügen kämen, statt daß sie uns kommen.

Wenn ich über eigene Friedensbedingungen sprechen soll, muß ich mir zuerst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Gegner haben im ersten Rausche der Hoffnungen, die sie zu Beginn auf diesen leichten Krieg setzen zu können glaubten, mit einer gewissen naiven Rohheit die ausschweifendsten Kriegsziele aufgestellt, haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, zu diesem Zweck 20 Jahre Krieg führen. Über eine solche Dauer des Krieges ist man dort inzwischen etwas besorgt worden. Aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit das gleiche geblieben. Ich verweise auf die kürzlich in der viel gelesenen „National Review“ aufgestellten Kriegsziele. Und ähnlich wie dort geht es mit ganz wenigen Ausnahmen durch die ganze englische Presse. Der „Statesman“, ein als gemäßigt bekämpftes Blatt, nennt unter den Friedensbedingungen die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Vernichtung des sogenannten preußischen Militarismus, die Ver-

treibung der Türken aus Europa, die Herstellung eines Großserbien mit Bosnien. Der frühere Minister Masterman verlangt die Abtretung der linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes und der „Labour Leader“ meint, mit dieser Forderung habe die Regierung einen Fühler ausstrecken wollen. Es bleibt eben noch alles beim Alten: Deutschland muß vernichtet werden.

So klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elsaß-Lothringen gefordert. Herr Ganotaux hat noch ganz kürzlich im „Figaro“ zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elsaß-Lothringen zu erobern.

Der Herr Abgeordnete Scheidemann meinte, alle diese Presseäußerungen gäben die wahre Stimmung der Völker nicht wieder. Es mag sein, daß bei unseren Feinden einzelne nachdenkliche Männer, die sich von der militärischen Lage Rechenschaft geben, im Grunde ihres Herzens wünschen, daß dem großen Blutvergießen baldigst ein Ende gemacht werde. Aber ich sehe nicht, daß diese Männer in den spärlichen Fällen, wo sie zu Worte kommen, auch durchbringen. Vielleicht gehört ihnen einmal die Zukunft, — die Gegenwart sicher nicht. Einzelne Oberhausreden haben in der englischen Presse kaum Widerhall gefunden, sondern mit geringen Ausnahmen nur die Aufstellung der wilden Kriegsziele herausgefordert, von denen ich vorhin einige angezogen habe. Darüber kann ich nicht hinwegsehen. Vollends entscheidend aber ist die Haltung der feindlichen Regierungen. Mr. Asquith hat in seiner Guildhall-Rede verkündet, seine Kriegsziele seien noch dieselben wie bei Ausbruch des Krieges: die Freiheit der kleinen Völker, vornehmlich Belgiens, und die Vernichtung des preussischen Militarismus. Über die Freiheit der kleinen Völker brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. Über ein Jahr lang hat die Welt dieser englischen Philanthropie Glauben geschenkt. Nach Griechenland wird sie von dem Glauben kuriert sein. Wahrscheinlich auch die kleinen Völker selbst. Seitdem England für sie kämpft, geht es den kleinen Staaten schlecht. Wir in Deutschland haben vom ersten Tage an gewußt, daß sich hinter dem Schutz der kleinen Staaten die Sucht versteckt, den großen Staat, dessen Aufwachsen man solange mit Neid und Mißgunst verfolgt hatte, ein für allemal abzutun. Und das nennt man dann Vernichtung des preussischen Militarismus!

Diese englische Parole ist von allen Alliierten übernommen worden. Herr Sazonow und Herr Viviani, jetzt Herr Briand, haben wiederholt und ausdrücklich erklärt, die Waffen nicht niederlegen zu wollen, bevor der preussische oder der deutsche Militarismus niedergekämpft sei. Daneben hat jeder Alliierte noch seine besonderen Forderungen: der englische Kolonialminister will, daß in der Durchführung des Nationalitätenprinzips das Elsaß an Frankreich, Polen aber der Nationalität zurückerstattet werde, der es zugehöre. Der Herr Minister, das will ich nur nebenher bemerken, weiß gewiß nicht, daß in den Reichslanden von rund

1 900 000 Einwohnern über 87 Prozent deutscher und noch nicht 11 Prozent französischer Muttersprache sind. Ob nach seiner Ansicht Polen seiner Nationalität nach zu Rußland gehört, ist nicht ganz klar. Auch wird es interessant sein, von England einmal zu hören, was bei Durchführung des Nationalitätenprinzips z. B. aus Indien und Ägypten werden soll. Herr Briand will außer der Wiederherstellung Belgiens und Serbiens unter allen Umständen Elßaß-Lothringen haben. Herr Sazonow hat bei seinen Kriegszielen sehr deutlich auf Konstantinopel hingedeutet.

Der tatsächlichen militärischen Lage sind diese Kriegsziele der feindlichen Regierungen nicht angepaßt. Ich würde aber den gegnerischen Machthabern zu nahe treten, wollte ich ihre Forderungen etwa als Bluff auffassen und nicht ernst nehmen. Die Lage ist doch durchsichtig. Unter der Protektion der Regierungen hat man vom ersten Tage an die eigenen Völker über die Wirklichkeit getäuscht, durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügennachrichten aller Art unauslöschlichen Haß gegen uns gesät. Nun sieht man, daß mit alledem keine Siege erfochten werden. Man hat reichliche militärische und diplomatische Niederlagen erlitten, Hekatomben geopfert, man kann es nicht mehr verheimlichen, daß wir in Ost und West weit in Fehdenland stehen, den Weg nach Südosten geöffnet haben, wertvolle Faustpfänder in der Hand halten. Aber das Ceterum censeo, daß Deutschland zertrümmert werden soll, muß aufrecht erhalten werden. Man hat sich so fest darauf verbissen, daß man nicht mehr davon los kann. Darum müssen weitere Hunderttausend auf die Schlachtbank getrieben werden.

Als neuestes Reizmittel zur Aufstachelung blinder Kriegswut gilt die Hoffnung auf den Erschlaffungskrieg. Daß unsere Lebensmittel reichen, daß es nur darauf ankommt, sie richtig zu verteilen, darüber sind wir alle einig. Ein Gebiet, das von Arras bis Mesopotamien reicht, kann man wirtschaftlich nicht erdrücken. Wenn uns der Mangel an Lebensmitteln nicht beugt, soll es der an Rohstoffen tun.

Meine Herren, wir sind auf eine lange Kriegsdauer mit allem Nötigen versehen. Eine ganze Reihe von Stoffen, die wir vor dem Kriege nur aus dem Ausland bezogen, haben wir gelernt, selber zu erzeugen. Die dazu erforderlichen Fabriken sind in Betrieb. Von Metallen, hat man gemeint, könnte Kupfer knapp werden. Wenn wir auf das bereits verarbeitete oder ersetzbare Kupfer zurückgreifen, haben wir für viele Jahre genug, Wolle und Baumwolle haben wir in Belgien und Polen in großen Kosten gefunden. Baumwolle bekommen wir jetzt auch über die Donau. Mit dem Gummi halten wir Haus, stellen mit bestem Erfolg künstlichen her, und selbst wenn er einmal knapp werden sollte, glaubt jemand im Ernst, uns durch Gummimangel niederdrücken zu können?

Und die Erschöpfung an Menschen? Daß es die Zahl allein nicht tut, hat der bisherige Verlauf des Krieges gelehrt. Ganz unerfindlich ist, wie Frankreich, dasselbe Frankreich, das den

Jahrgang 1917 jetzt einberuft, den von 1916 schon zum großen Teile eingesetzt hat, von Erschöpfung deutschen Menschenmaterials sprechen kann. Ich habe gestern noch die Angaben demontieren lassen, die in der französischen Kammer über unsere Einstellungen gemacht worden waren. Wir sind bei Heranziehung der Dienstpflichtigen nicht soweit gegangen wie Rußland, auch nicht wie Frankreich, das die Wehrpflicht über das 45. Lebensjahr ausgedehnt hat. Bei der uns noch zur Verfügung stehenden Zahl von Wehrpflichtigen denken wir nicht daran, diese Grenzen weiter zu ziehen. Unsere Verluste sind nicht nur relativ, sondern absolut geringer als die französischen. Deutschland hat 30 Millionen mehr Einwohner. Unsere Verluste, wenngleich geringer als die französischen, sind schmerzlich. Herr Briand hat der französischen Frauen, ihrer Tränen und der Tapferkeit gedacht. Glaubt man in Frankreich, daß die deutschen Frauen weniger tapfer sind, ihr Vaterland weniger lieben? Unsere Feinde sollen es versuchen, uns zu vernichten. Wenn wir für Haus und Hof kämpfen, geht uns der Atem nicht aus.

Wohin der Haß gegen uns führt, das sieht man mit Schauern an dem Baralong-Fall, jener Schandtat eines unter amerikanischen Flagge fahrenden englischen Kriegsschiffes, dessen Besatzung in scheußlicher Weise die hilflose Mannschaft eines deutschen U-Bootes ermordet hat. Diese gräßliche Mordtat ist in der englischen Presse völlig totgeschwiegen worden. Ob aus Scham? Wir wissen es nicht. Auf den Geist ihrer Marine sind die Engländer immer stolz gewesen. Kann sie diesen kalten Mord wehrloser Gegner verantworten? Er wird in der Geschichte der englischen Marine ein untilgbarer Fleck bleiben. Ich will diesen Fall nicht verallgemeinern, obgleich in der englischen Presse manche Zeugnisse für eine äußerst rohe Auffassung des Kriegshandwerks vorliegen. Ich erinnere nur an Berichte des „Daily Chronicle“ aus dem englischen Hauptquartier, in denen die Lust der englischen Soldaten so scheußlich dargestellt und verherrlicht war, daß ich mich scheue, die dabei gebrauchten Worte überhaupt nur in den Mund zu nehmen. Bei unseren Truppen ist die Tötung des Gegners weder Scherz noch Sport. Wir verschmähen solche Niederigkeiten. Unsere Truppen tun ihre Pflicht als ehrliche anständige Männer und darum erst recht als brave Soldaten und Verteidiger ihres Vaterlandes.

Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichsten aller Kriege und seiner Dauer urteilen wird, wird sie das entsetzliche Unheil aufdecken, das Unkenntnis und Verstellung angerichtet haben. Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Staatslenkern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nicht abkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen. Noch wird der Vernichtungskrieg gegen uns betrieben. Damit müssen wir rechnen. Mit Theorien und Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende.

Kommen unsere Feinde mit Friedensvorschlägen, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allzeit bereit, sie zu diskutieren. In vollem Bewußtsein der erzielten unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir die Verantwortung für die Fortsetzung des Glends ab, das Europa und die Welt erfüllt. Es soll nicht heißen, wir wollten den Krieg unnötig verlängern, weil wir dieses oder jenes Hauptpfand noch erobern wollten. In meinen früheren Reden habe ich das allgemeine Kriegsziel umrissen. Ich kann auch heute nicht auf die Einzelheiten eingehen, Ihnen nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern will, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien als notwendig erachtet. Aber eines müssen unsere Feinde sich selbst sagen: Je länger, je erbitterter sie den Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die notwendigen Garantien. Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland und der übrigen Welt aufrichten, so dürfen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft darnach einrichten. Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute, und ebenso bekannt ist, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet betrachteten. Dagegen müssen wir uns eine politische, militärische und wirtschaftliche Entfaltung sichern. Was dafür nötig ist, muß erreicht werden, und ich denke, es gibt niemanden im deutschen Vaterlande, der diesem Ziele nicht zustrebte. Über die Mittel zu diesem Zweck müssen wir uns völlige Freiheit unserer Entschlüsse wahren.

Wie ich schon am 19. August sagte: Wir sind es nicht, die die kleinen Völker bedrohen. Nicht um fremde Völker zu unterjochen, kämpfen wir diesen uns aufgedrängten Kampf, sondern zum Schutze unseres Lebens und unserer Freiheit! Für die deutsche Regierung ist dieser Krieg geblieben, was er von Anfang an war und was in jeder Kundgebung festgehalten wurde: der Verteidigungskrieg des deutschen Volkes und seiner Zukunft. Dieser Krieg kann nur mit einem Frieden beendet werden, der uns nach menschlichem Ermessen Sicherheit gegen eine Wiederkehr bietet. Darin sind wir alle einig. Das ist unsere Stärke und soll sie bleiben.